

parlament/hainburg

nationalrat 20 apa/23.1.

utl.: alle vier misstrauensantraege von regierungsmehrheit  
abgelehnt =+++

mit den stimmen der beiden regierungsparteien wurden alle vier misstrauensantraege der oevp gegen den bundeskanzler, den vizekanzler, den innenminister und den landwirtschaftsminister abgelehnt.

zuvor uebte abg.ing.johann g a s s n e r (v) nochmals heftige kritik an der vorgangsweise der regierung rund um hainburg. so sei die regierung durchaus nicht den von der oevp vorgeschlagenen "oesterreichischen weg" gegangen. zum unterschied von der spoe gebe es in der oevp noch die moeglichkeit zum gespraech mit andersdenkenden. der innenminister habe keinerlei anzeichen dafuer gezeigt, dass er bereit gewesen waere, die verantwortung gegenueber dem rechtsstaat zu uebernehmen. die vogaenge um hainburg werden daher sicher spuren in der oesterreichischen geschichte hinterlassen.

zur rolle von handelsminister steger im konflikt um hainburg vertrat gassner die auffassung, steger haette als chef der verbundgesellschaft und der donaukraftwerke die politische verantwortung uebernehmen muessen. schliesslich forderte gassner die regierung auf, alle gesetze einzuhalten, die verantwortlichen zu suchen, sie zur rechenschaft zu ziehen und der einsetzung eines parlamentarischen untersuchungsausschusses zuzustimmen.

letzter redner zu diesem thema war abg.robert g r a f (v), der sich neuerlich zu seinem ausspruch "pruegelorgie" bekannte, allerdings darauf hinwies, dass er damit nicht der exekutive die schuld gehen wollte. es habe auch auf der gegenseite pruegelorgien gegeben. die oevp habe zwar nicht gewusst, was passieren wird, sie habe diese entwicklung jedoch befuerchtet. deshalb waere oesterreich viel erspart geblieben, wenn die regierung die vorschlaege der oevp akzeptiert haette. analog zu "roda roda" habe die regierung von zwei moeglichen wegen den dritten gewaehlt. entweder haette sie die demonstranten in ruhe "herausverhandeln" muessen, oder sie haette mit brachialgewalt die au raeumen lassen koennen. die regierung habe jedoch brachialgewalt ohne raeumung angewandt. (forts.)sa/kg